V-8-001-2: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen LAG Demokratie und Recht (dort beschlossen am: 30.11.2023)

Von Zeile 1 bis 4:

Als Bündnisgrüne stellen wir uns entschieden gegen die geplanten **unverhältnismäßigen** Verschärfungen der Berliner Polizeigesetze durch CDU und SPD~~.~~
und machen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitslage innerhalb Berlins.
Die beabsichtigten Änderungen enthalten zahlreiche Maßnahmen, die die Grundrechte aller Menschen in Berlin ~~aushöhlen~~empfindlich beeinträchtigen, ohne die Sicherheit in Berlin tatsächlich zu erhöhen. Dass das Gesetz unter einem vorgeschobenen Eilbedürfnis mit hohem zeitlichen Druck durch das parlamentarische Verfahren gebracht wird, geht zu Lasten der Qualität der Bestimmungen und wird dem grundrechtsintensiven Charakter der Regelungen nicht gerecht.
Es handelt sich um Symbolpolitik:

Begründung

Wir setzen uns ein für Änderungen und Ergänzungen in der Einleitung, u.a. um
a) von Beginn an klar zu machen, dass es eigene grüne Sicherheitspolitik gibt,
b) die unseres Erachtens sehr drastische Formulierung "Grundrechte aushöhlen" durch eine treffendere zu ersetzen,
c) die Deifizite beim Gesetzgebungsprozess zu adressieren.